

Grosser Rat

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission
Subkommission DIV



Grossratsgeschäftsnummer: 20 / BS 27 / 223

Rechtsbuch-Nummer:

Departement: DIV

Bericht der GFK-Subkommission DIV zum Budget 2022 und zum Finanzplan 2023–2025

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DIV

Präsidentin: Corinna Pasche-Strasser, Bischofszell

Mitglieder: Bernhard Braun, Eschlikon
Stefan Leuthold, Frauenfeld
Martin Salvisberg, Amriswil

Allgemeine Bemerkungen zum Budget 2022 und Finanzplan 2023–2025

Allgemeines zum Departement

Das Budget 2022 fällt um 8.7 Mio. höher aus als das Budget 2021 und um knapp 12 Mio. höher als die Rechnung 2020. Diese Steigerung ist vor allem auf vier Kontogruppen zurückzuführen. ÖV, Amt für Informatik, Kompetenzzentrum Digitale Verwaltung und Veterinäramt.

In diesem Jahr befasste sich die GFK insbesondere auch mit der Stellenausweitung.

Im Staatsarchiv wird eine neue Stelle geschaffen. Viele Departemente sind bereit für die Überführung in eine elektronische Aktenführung und Archivierung. Mit der neu geschaffenen Stelle kann die Kapazität im Bereich der Beratung bei der Überführung vergrößert werden. Ebenso wird für die Digitalisierung eine 50% Stelle eingerichtet sowie eine 40% Stelle für den Archivdienst der Gemeinden. Diese Stelle ist jedoch vollumfänglich refinanziert.

Im Amt für Informatik wird eine 100% Stelle geschaffen im Bereich KDV (Kompetenzzentrum Digitale Verwaltung).

Im Landwirtschaftsamt kommt es zu einer Verschiebung von Aufgaben im Veterinäramt, deshalb entfallen hier 125% Stellenprozente.

Im Veterinäramt wird die Reorganisation weiterverfolgt, was zu einer Aufstockung der Stellen um 385% führt.

Grundsätzlich wird im Finanzplan kein Stellenzuwachs eingeplant.

2/5

Im Zuge der Digitalisierung werden wohl kaum merklich Stellen reduziert werden können, allerdings ist eine Prognose diesbezüglich schwierig. Eine Effizienzsteigerung ist bei manuellen, repetitiven, einfacheren Aufgaben sowie bei internen Abläufen möglich.

Bemerkungen zu den einzelnen Ämtern

3010-3015 Generalsekretariat Öffentlicher Verkehr

Ob sich der Öffentliche Verkehr nach dem massiven Nachfrage- und Ertragseinbruch bis 2024 wieder auf das Niveau von 2019 erholen kann, hängt von diversen Faktoren ab. Homeoffice und Videokonferenzen führen dazu, dass sich unser Mobilitätsverhalten in Zukunft verändern wird.

Energie

In den drei festgesetzten Windenergiegebieten existieren Projektideen, deshalb hat der Kanton in diesen Gebieten bereits Machbarkeitsstudien in Auftrag gegeben, die durch das Energieförderprogramm des Kantons unterstützt wurden.

Das bestehende Förderprogramm (S. 49) wird grundsätzlich beibehalten, die interne Diskussion bezüglich Anpassungen ist noch nicht abgeschlossen.

Die Abteilung Energie versucht bei Bedarf Projekte (z. Bsp. Seewärme) zu koordinieren und bietet in Zusammenarbeit mit dem Amt für Umwelt die nötige Beratung an.

3110 Staatsarchiv

Der Archivdienst für die Gemeinden wurde aus der Buchhaltung des Staatsarchives ausgegliedert. Dieser Dienst wird über eine Spezialfinanzierung abgerechnet.

Viele Ämter wollen von der Aktenführung in Papier zur elektronischen Aktenführung wechseln. Damit dieser Prozess vorangetrieben werden kann und die Ämter, die dafür auch bereit sind mit dem Prozess beginnen können, braucht es zusätzliche Ressourcen im Bereich Staatsarchiv.

3210-3214 Amt für Informatik

Im Bereich der Telefonie ist ein Technologiewechsel für 2023/2024 in Abklärung. Ob dieser Wechsel eine signifikante Kostensenkung mit sich bringen würde, ist nicht sicher. Die Kosten würden sich verlagern, in z. Bsp. Lizenzkosten.

Das Projekt Digitale Verwaltung wird mit grossem Elan, aber auch mit dem nötigen Respekt vorangetrieben. Durch die Digitalisierung werden sich die Aufgaben des Staates nicht ändern. Es kommen keine neuen Aufgaben hinzu, es werden lediglich bestehende Aufgaben, die bis anhin physisch gemacht wurden, auch digital möglich sein.

Die Wichtigkeit des AFI's steigt von Jahr zu Jahr.

Damit die Digitalisierung auch in jedem Amt optimal installiert werden kann, braucht es in jedem Amt ICT affine Personen, welche Brücken zwischen den neuen ICT basierten Prozessen und den herkömmlichen bauen.

Das Projekt NEST wurde nicht realisiert, ein Folgeprojekt ist vorgesehen.

Das AFI übernimmt zunehmend Konzernaufgaben, deshalb steigt der Sachaufwand spürbar. Es sind Abklärungen pendent, welche effektiven Kosten für die Arbeitsplätze anfallen, die den Ämtern als Umlagen verrechnet werden sollten.

3310 Amt für Geoinformation

Die noch vorhandenen Lücken im Leitungskataster bestehen deshalb, weil einige wenige Ver- oder Entsorgungsbetriebe die Erfassung ihrer Leitungen der Gemeinde bzw. dem Kanton noch nicht abgegeben haben. Die Gründe dafür sind vielfältig.

Es ist schwierig zu sagen, bis wann die Lücken komplett geschlossen sein werden. Das AGI wird weiterhin gezielt auf säumige Lieferanten zugehen, um eine Lösung zu finden.

3530-3545 Amt für Wirtschaft und Arbeit

Nach den doch ziemlich intensiven Monaten während der Pandemie sollte wieder Normalität einkehren. Und vermehrt sollten wieder Themen wie, Standort-Attraktivität und Fachkräftemangel in den Fokus gerückt werden.

Für das Härtefallprogramm sind bis am 7.10.21 95.2 Mio. CHF ausbezahlt worden, zum grössten Teil handelt es sich hier um A-fonds-perdu-Beiträge. 15 Fälle befinden sich noch in Abklärung.

Eine gesetzliche Verankerung von Tourismusbeiträgen, z.B. über eine Kurtaxe oder eine ähnliche Abgabe, ist differenziert zu betrachten. Per Gesetz erhobene Beiträge erhöhen die Planungssicherheit, können aber auch zu einer ineffizienten Mittelallokation führen. Heute erheben die meisten Beherbergungsbetriebe im Thurgau auf freiwilliger Basis und mit entsprechender Vereinbarung mit Thurgau Tourismus eine Tourismusabgabe. Die konsequente Anwendung bzw. ein Ausbau dieses freiwilligen Ansatzes garantiert eine breite Abstützung und eine effiziente Mittelverwendung.

3610-3630/3910 Landwirtschaftsamt

Der Pflanzenschutzfond weist einen höheren Bestand aus, als vorgesehen. Aufgrund der Feuerbrandjahre wurden die Beiträge in den Fond angehoben, seit 2019 werden diese aber wieder reduziert. Kommt es zu einem Ausbruch von Pflanzenkrankheiten, sind die daraus resultierenden Schäden sehr hoch. Ebenfalls werden alternative Bekämpfungsstrategien (anstelle von synthetischen Pflanzenschutzmitteln) unterstützt. Aus dem Fond fliessen jährlich 300'000 CHF in das Projekt Zukunft Obstbau.

Die für den gesamten Arenenberg erstellte Strategie, inkl. Museum, Hotellerie, Bildungszentrum usw. wird konsequent umgesetzt.

Im Arenenberg gibt es viele Anstellungen für eine Saison. Die für diese Angestellten geltende Kategorie ist unbefriedigend, es wird eine neue Kategorie geschaffen.

3640-3710 Bildungs- und Beratungszentrum Arenenberg

(Indikatoren) Diese Kontrollen «Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit und Tierschutz» werden ab dem 1. Januar 2022 durch das Veterinäramt ausgeführt (S. 78). Eine der Konsequenzen des Projekts Pegasus.

Parallel zur Organisationsentwicklung wurde das Hochbauamt beauftragt, mit Machbarkeitsstudien die Bedürfnisse, Ziele und Rahmenbedingungen zur Sanierung des Gästehauses, der Umbauten im Hauptgebäude und der entsprechenden Umgebungsgestaltung im Süden weiter zu präzisieren.

Im Zusammenarbeitsvertrag zwischen dem Kanton Thurgau und Agroscope vom August 2016 mit Wirkung ab 1. Januar 2017 wurde vereinbart, dass allfällige Gewinne oder Verluste des Betriebes Tänikon über ein "Spezialfinanzierungskonto" (Fonds) bewirtschaftet werden sollen. Dazu wäre eine gesetzliche Grundlage notwendig. Die ersten vier Jahre haben nun gezeigt, dass keine Überschüsse anfallen. Eine allfällige jährliche Nettofinanzierung des Kontos 3710 soll transparent über den jährlichen Budgetprozess ausgewiesen werden, deshalb wurde der Fonds saldiert.

3930-3940 Veterinäramt

Die Reorganisation im Bereich des Veterinäramts hat sich ausbezahlt. Die dafür erforderlichen Ressourcen sind im Budget berücksichtigt. Mit allen relevanten Tierschutzvereinigungen sind Leistungsvereinbarungen geschlossen worden.

Die neuen Prozessabläufe haben sich bewährt. Die Reaktionszeiten sind merklich kürzer geworden. Viele positive Rückmeldungen sind eingetroffen.

Finanzplan

Öffentlicher Verkehr

Die Umsetzung des Konzepts Öffentlicher Regionalverkehr 2019-2024 verzögert sich wegen des durch die Covid-Massnahmen ausgelösten Nachfrageeinbruchs. Sofern sich die Nachfrage bis 2024 wieder erholt, soll das Konzept Öffentlicher Regionalverkehr 2019-2024 bis 2025 weitgehend umgesetzt werden.

Die Kantonsbeiträge an den Bahninfrastruktur-Fonds werden an die Entwicklung des realen Bruttoinlandprodukts und den Bahnbau-Teuerungsindex angepasst (Art. 57 Eisenbahngesetz; SR 742.101). Der Beteiligungsschlüssel pro Kanton richtet sich nach den bestellten Personen- und Zugkilometern im Regionalverkehr gemäss dem interkantonalen Verteiler. Im Finanzplan ist keine Änderung des vom Kanton Thurgau zu finanzierenden Anteils eingeplant.

Landwirtschaft

Die Budgetierung basiert auf gesetzlichen Grundlagen und auf Erfahrungswerten der Vorjahre sowie auf der Basis von genehmigten und geplanten Projekten. Dies sind das Ressourcenprojekt AquaSan und das Ressourcenprojekt PFLOPF sowie Beratungsprojekte und der Massnahmenplan Ammoniak.

5/5

Projekt KDV

Mit den 12 Mio. CHF werden keine neuen Aufgaben geschaffen, sondern nur die bestehenden digitalisiert. In Zukunft wird man beide Wege beschreiten müssen.

Der Rahmenkredit zieht sich durch die gesamte KVTG, dabei sollen vorwiegend übergeordnete Prozesse wie z.B. eBau profitieren. Ebenso geht es auch um Basisprojekte wie z.B. E-ID oder den Digitalen Kundenschalter, die eine Plattform für weiterführende Möglichkeiten und Projekte legen.

Welche Projekte in welchem Zeitraum umgesetzt werden, entscheidet die Steuergruppe. Ein Return on investment ist zurzeit schwierig zu ermitteln, da noch zu viele Unbekannte für eine seriöse Berechnung bestehen. Allgemein ist es das Ziel, Verwaltungsangestellte für wertschöpfende und gewinnbringende Tätigkeiten einzusetzen und manuelle, repetitive Tätigkeiten durch elektronische Abläufe abzulösen.

Damit die Digitalisierung weiter vorangetrieben werden kann, braucht es weitere Massnahmen, z. Bsp. Kulturwandel, Digitalisierung im HR, usw.

Bischofszell, 3. November 2021

Die Subkommissionspräsidentin
Corinna Pasche-Strasser